

Das Parlament scheut sich offenbar nicht mehr, die politisch-strategischen Bedingungen zu nennen, aus denen heraus das neutrale Oesterreich entstand (ÖVP-Abg. Fiedler: "Die UDSSR ... kann nur daran interessiert sein, dass Oesterreich gemeinsam mit der Schweiz gleichsam eine windstille Zone inmitten Europas bildet, von der keine weltpolitischen Konflikte ausgehen, in der kein Block einen überragenden Einfluss gewinnt, wenn sich auch Oesterreich, wie die Schweiz, unabhängig von der Neutralität zur westlichen Ordnung bekennt.")

Auch hält es fest, dass die Entstehungsgründe von den Existenzbedingungen eines neutralen Kleinstaates abweichen. (ÖVP-Abg. Fiedler zitiert den Bundeskanzler: "Oesterreich ist in niemandes Einflusszone gelegen"; FPÖ-Abg. Peter: "Die Neutralität ist keine Fleissaufgabe.")

Was die Definition der Neutralität anbelangt, wird aus allen Lagern immer wieder auf die Schweiz hingewiesen. Waldheim ist besonders deutlich: "Man kann unsere Neutralitätspolitik nicht mit der Schwedens vergleichen, denn Schweden ist kein immerwährend neutrales Land, sondern verfolgt lediglich eine Neutralitätspolitik. Wohl aber können wir unsere Neutralität mit der Schweiz vergleichen." Anschliessend zitiert er den vom EPD am 26.11.1954 geprägten Begriff.

Auch die Gesinnungsneutralität wird - wieder unter Bezugnahme auf die Schweiz - verneint. SPÖ-Abg. Czernetz: "Man kann nur davor warnen, den Massenmedien Ratschläge zu geben, dass sie eine Selbstzensur üben sollen." FPÖ-Abg. Peter: "Es hat sich eine Art geistiger Neutralismus eingeschlichen ... Ich für meinen Teil lehne eine Verpflichtung zu einer wirtschaftlichen und geistigen Neutralität ab und warne vor einer unnötigen Einengung unserer Souveränität. Wir sollten uns an der Haltung der Schweiz orientieren." Waldheim: "Es besteht keine Gefahr, dass man im Ausland glaubt, Oesterreich würde sich zu einer ideologischen Neutralität bekennen."

Doch so angelegentlich sich die Schweiz als Beispiel

....

anbietet, so geflissentlich übersieht auch das österreichische Parlament der Eidgenossen Gewohnheit, dem "immerwährend" das "bewaffnet" vorauszusetzen: kein Wort über die Eigenverteidigung während der ganzen zweitägigen Debatte! Der Nationalrat scheint sich aus optimistischen Gleichgewichtsstrategen zusammenzusetzen, skeptische Historiker gibt es keine: "Oesterreich kann mit einem verhältnismässig hohen Sicherheitsgrad seiner Existenz rechnen, weil es mit den brutalen Interessen der Supermächte rechnen kann" (SPÜ-Abg. Czernetz). "Die Sowjetunion schätzt die Neutralität Oesterreichs und wird nicht müssig bleiben, wenn jemand diese Neutralität verletzen sollte" (ÜVP-Abg. Fiedler zitiert Chrustschow). "Wir sollen uns sehr hüten, in Amerika den Eindruck zu erwecken, dass wir in einem hypothetischen Notfall nicht Hilfe brauchen" (SPÜ-Abg. Czernetz nörgelt an Waldheims Stellungnahme zur Rusk-Erklärung im NATO-Rat).

Es ist betäublich: im ganzen Parlament erhebt sich keine Stimme, um die Beziehung Wehrbereitschaft/Neutralität klarzustellen. Die Vorteile der Neutralität werden gross herausgestrichen; die Opfer, die sie verlangt, werden nicht einmal ignoriert.

Wenig Ruhm erntete die Regierung, als die Rede auf die

I n t e g r a t i o n s p o l i t i k

kam. Scrinzi (FPÜ) meinte zwar, seit dem Einzug Waldheims in den Ballhausplatz habe eine integrationspolitische Nüchternheit den dort vorher herrschenden Romantismus abgelöst, aber dieses Kompliment für den Nachfolger Toncics übersieht vielerlei: nach dem Kompetenzgesetz hat der Aussenminister in Integrationsfragen kaum mitzureden. Weiter musste Toncic vor allem auch gehen, um Bock das Scheiden erträglicher zu machen. Und schliesslich hatte Bock ^{nicht} ohne des Kanzlers Auftrag die Stärke des sich vom Römer- zum Stockholmervertrag erstreckenden Glatteises erprobt. SPÜ-Clubobmann Pittermann und SPÜ-Abg. Czernetz zeichneten

....

noch einmal die missglückten integrationspolitischen Pirouetten der Regierung Klaus II nach und versprochen dem Kanzler, seine Verantwortlichkeit für die daneben gegangene Schau den Wählern im Gedächtnis zu erhalten.

Auch zur UNO, zur Entwicklungshilfe, zum Strassburgerrat, zu Südtirol und zu Griechenland fielen einige Sätze, doch nicht von grundsätzlicher Bedeutung. Vermerkwert sind aber folgende Voten:

T s c h e c h o s l o w a k e i

SPÜ-Abg. Czernetz: "Als sehr gefährlich ist die Theorie der Sowjetunion anzusehen, sie habe das Recht zur militärischen Intervention in den Staaten unter kommunistischen Regierungen, falls in diesen Ländern das kommunistische System bedroht sei. Dabei ist noch ungeklärt, was die Sowjetunion unter "sozialistischen Ländern" versteht. Wir betrachten diese Theorie als völkerrechtswidrig, als gegen die Charta der Vereinten Nationen gerichtet und eine Lebensgefahr für die kleinen Länder, aber auch als eine permanente Kriegsgefahr. Ebenso gefährlich ist die von Parteichef Breschnjew verkündete Theorie, die Sowjetunion könne mit dem Westen nur dann eine friedliche Kooperation treiben, wenn seitens des Westens keine Unterstützung antikommunistischer Oppositionen in kommunistischen Ländern erfolgt. Der Frieden kann offensichtlich nur durch das nukleare Gleichgewicht der Supermächte erhalten werden."

U N O

SPÜ-Abg. Czernetz: "Die Tatsache, dass eine numerische Majorität afro-asiatischer Staaten Beschlüsse ohne Wirksamkeit fassen kann, reduziert das Ansehen dieser Organisation. Fragen, bei denen es um das Leben der Menschheit geht, werden einfach nicht behandelt, in unwichtigen Fragen entwickeln die Vereinten Nationen manchmal eine geradezu gespenstige Geschäftigkeit."

FPÜ-Abg. Scrinzi: "Bei der Abstimmung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Zusammenhang mit der vom afro-asiatischen Block eingebrachten Resolution über Portugal hat

Oesterreich eine bedenkliche Rolle gespielt. Ohne nach West oder Ost zu schießen, müssen wir auf dem Boden der Rechtlichkeit und der Menschlichkeit stehen".

A t o m s p e r r v e r t r a g

FPO-Abg. Scrinzi: " ... Die Stimmen der Realisten stehen heute überwiegend im Lager des Zweifels, der Bedenken und der Vorbehalte."

UVP-Abg. Fiedler: "Mit dem Verzicht auf Atomwaffen verpflichtet sich Oesterreich zu nicht mehr, als es das bereits mit dem Staatsvertrag getan hat."

Zusammenfassung

Die Neutralität ist als grundlegender Steuerungsfaktor in das Verhaltensmuster des österreichischen Parlamentes eingebaut. Der Umfang der Neutralität ist noch nicht völlig klar; gestrebt wird nach einer restriktiven Auslegung der Pflichten nach Schweizer Vorbild. Die Landesverteidigung wird nicht als Funktion der Neutralität empfunden, nicht einmal als Korrelat.

Die Integrationsfrage wird andeutungsweise im Zusammenhang mit der Neutralität gesehen; zumindest wird sie nicht mehr unter einem reinen Erfolgskriterium bewertet.

Die UNO-Mitgliedschaft löst zum ersten Mal Zeichen des Unbehagens aus: es ist weniger die Besorgnis, in Troja belagert zu werden, als der Alptraum, vielleicht im Bauche des hölzernen Pferdes zu sitzen.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

